



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Sprecher für Umweltpolitik

P R E S S E E C H O

Meiwald: „BImA muss dringend umdenken“

Zu der Berichterstattung der Nordwestzeitung vom 21.02.2015 („GSG springt bei Fliegerhorst-Siedlung ab“) sowie den Leserbriefen vom 17.03.2015 („Bima tritt auf wie schlimmer Spekulant“) äußert sich Peter Meiwald (MdB), Obmann von Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Umwelt und Bauen:

Berlin, 18.03.2015

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 3.605
Telefon: +49 30 227-78040
peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Friedensplatz 14
26122 Oldenburg
Telefon: +49 441 361 694 03

Kontakt Oldenburg
peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland
peter.meiwald.ma04@bundestag.de

„Das Drama um den Verkauf der Fliegerhorst-Siedlung Brokhausen ist äußerst ärgerlich. Der Unmut der Bewohnerinnen und Bewohner ist absolut nachvollziehbar“, und weiter: „Die bundeseigene Anstalt für Immobilienaufgaben (BImA) tut nicht gerade sehr viel dafür dem Eindruck entgegenzuwirken, dass es ihr nur darum geht den größtmöglichen Reibach zu machen – ohne Rücksicht auf andere Gebietskörperschaften und deren legitimen Interessen und Problemlagen, und erst Recht ohne Rücksicht auf die Bürgerinnen und Bürger.“

Meiwald verweist auf den Antrag „Moratorium beim Verkauf von Wohnimmobilien in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ seiner Fraktion vom 02. Juli 2014 [**Drs. 18/1965 – im Anhang**] mit welchem genau solchen Fehlentwicklungen wie nun in Brokhausen entgegengewirkt werden soll:

„Unser Antrag, der leider von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD abgelehnt wurde, zielt direkt darauf, die Erstzugriffsoption für Kommunen auch auf Nicht-Konversionsliegenschaften auszudehnen. Es ist hier ein konsistentes Handeln der gesamten öffentlichen Hand dringend geboten – allein wenn man bedenkt welche zusätzlichen Herausforderungen den Kommunen im Hinblick auf die Flüchtlingsunterbringung zusätzlich entstehen. In Städten mit angespannten Wohnungsmärkten - wie Oldenburg - müssen Verkäufe zum Höchstgebot unterbunden werden, um den „Druck vom Kessel“ zu nehmen.“